



Dr. Bruno Kreisky
22. Januar 1911–29. Juli 1990.
Österreichischer Politiker (SPÖ),
Jurist. Entstammte großbürgerlicher
Wiener Familie. Studierte Jura und
Nationalökonomie. Mitglied der
Sozialistischen Arbeiterjugend, später
der illegalen Revolutionären Sozialistischen
Jugend. 1935 verhaftet und
1936 wegen Hochverrats verurteilt.
22 Monate im Gefängnis. Promotion.
1938 von der Gestapo fünf Monate
lang inhaftiert. Exil in Schweden.
1946–1950 Diplomat an der
Österreichischen Gesandtschaft in
Stockholm. 1951 Rückkehr nach
Wien. 1953 Staatssekretär im Außen-
ministerium. 1965 Außenminister,
1967 SPÖ-Vorsitzender. 1970–1983
österreichischer Bundeskanzler.

Dr. Bruno Kreisky

Bundeskanzler der Republik Österreich

„Betrachtungen zur Zukunft der Entspannungspolitik in Europa“

Menschen wie ich sollten aus vielen Gründen keine Einladungen zu Vorträgen annehmen, schon deshalb nicht, weil sie keine Zeit haben, sich vorzubereiten. Aber dazu fällt mir mein Landsmann Marcel Prawy ein – einer der großartigsten Opernkenner der Welt –, der unlängst in fulminanter Weise über eine Wiener Opernpremiere gesprochen hat. Danach habe ihn eine Dame gefragt: Wie lange haben Sie sich für diesen so unerhört kenntnisreichen Vortrag vorbereitet? Er antwortete: Fünfzig Jahre und einen Tag. Ich nehme für mich in Anspruch, daß ich, wenn ich über ein solches Thema spreche, mich fünfundzwanzig Jahre und einige Stunden darauf vorbereitet habe. In diesem Sinne bitte ich Sie, meine Ausführungen zu verstehen.

Die Entspannungspolitik hat mit dem österreichischen Staatsvertrag begonnen; ich sage das nicht deshalb, weil wir Österreicher die Neigung haben, allzu austrozentrisch zu denken, sondern weil dies das erste wichtige Ereignis nach dem Ende des Krieges, das erste Ergebnis von Verhandlungen der vier Großmächte gewesen ist.

Der Umstand, daß es zwanzig Jahre gedauert hat, bis es zur Konferenz von Helsinki kam, zeigt, wie groß die Gefahr von Remissionen ist. Deshalb scheint es mir so dringend zu sein, daß die Entspannungspolitik zu einer immer konkreteren Politik der Demokratien wird. Ich habe meine Rede in Helsinki mit einem Satz geschlossen, der, wie ich glaube, den Standpunkt Österreichs zur Entspannungspolitik in eindeutiger Weise wiedergibt. Ich sagte damals:

Gibt es diese Entspannung, dann liegt Österreich im Herzen dieses Kontinents als ein blühendes Gemeinwesen und als sichere Heimstätte seiner Menschen. Gibt es sie nicht, dann liegen wir im düsteren Schatten einer militärischen und politischen Demarkationslinie, die durch ganz Europa geht und zur Scheidelinie seiner militärischen und politischen Systeme wird.

Wir haben beides erlebt und wissen daher um die Bedeutung der Entspannungspolitik. Ich gebe gern zu, daß das Erlebnis der Entspannungspolitik an der Donau ein anderes ist als an den Küsten des Atlantiks. Deshalb halte ich es auch für so wichtig, immer wieder darüber zu reden.

Die Medien der demokratischen Staaten haben den Eindruck vermittelt, daß das, was in Helsinki vereinbart wurde, im wesentlichen aus dem sogenannten Korb 3 bestanden hat. Der Korb 3, das ist sozusagen der humanitäre Teil der Vereinbarungen. Er hat zweifellos große Bedeutung. In diesem Korb 3 gibt es vieles, was noch keine Erfüllung gefunden hat. Man darf aber andererseits auch nicht blind sein dem gegenüber, was dennoch bereits erreicht wurde. Ich will das krasseste Beispiel anführen: Wenn es heute möglich ist, daß Kritiker des Regimes nicht mehr erschossen werden – wie das zum Beispiel in der stalinistischen Ära der Fall war –, sondern die Möglichkeit erhalten, ins Ausland zu gehen, so bedeutet das schon einen Fortschritt. Gewiß, für uns wäre der wünschenswerte Zustand, daß die Kritiker im eigenen Lande das demokratische Recht haben, ihre Kritik ungehindert durch die Staatsgewalt zu üben. Dennoch – ich wiederhole es – sollte man den Unterschied gegenüber früheren Jahren nicht übersehen.

Wissen Sie, meine Damen und Herren, wenn seitens der kommunistischen Staaten alles das, was im Korb 3 steht, verwirklicht werden würde, dann wäre es in dieser kurzen Zeit seit Helsinki zu einer elementaren Veränderung des kommunistischen Systems gekommen. Derartiges von den Ergebnissen der Konferenz von Helsinki zu erwarten scheint mir eine Illusion zu sein. Wer das erwartet, verkennt die Bedeutung dieser Konferenz, die ja vor allem darin liegt, daß sie eine Vereinbarung von Staaten ist, die zu verschiedenen politischen Systemen gehören.

Neben dem Korb 3 enthalten die Helsinki-Dokumente völkerrechtliche Grundsätze von allgemeiner Bedeutung, und es braucht Zeit, bis sie ihre

Verwirklichung finden. Der allergrößte Teil der Akte von Helsinki beschäftigt sich mit Problemen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Die Frage, die man sich heute stellt, ist doch die, inwieweit man auf kommunistischer Seite den gegenwärtigen Stand der Entspannungspolitik für ausreichend hält, ob man sich von sowjetischer Seite überhaupt mehr oder eine substantiellere Entspannungspolitik wünscht. Meine Antwort lautet, daß derartiges nur festgestellt werden kann, wenn die demokratischen Staaten bereit sind, immer wieder die Probe aufs Exempel zu machen.

Ich für meinen Teil glaube nämlich, daß es eine demokratische Entspannungspolitik geben muß. Herauszufinden, wieviel an substantieller und konkreter Entspannungspolitik in Europa möglich ist, das ist eine Frage, die nicht nur für die Regierungen Europas, sondern auch für ungefähr je 300 Millionen Menschen auf beiden Seiten von Wichtigkeit ist. Deshalb glaube ich, daß wir alle Fragen, die damit zusammenhängen, sehr viel ernster nehmen sollten.

Ich möchte Ihnen ein Beispiel von vielen für eine solche Konkretisierung der Entspannungspolitik geben: Wir sind momentan in mühsame Verhandlungen mit den rohstoffproduzierenden Ländern verwickelt. Das ist der sogenannte Nord-Süd-Dialog, auf den ich dann noch kurz zu sprechen kommen werde. Was mich nur immer wieder erstaunt, ist, daß wir ungeheure Anstrengungen auf diesen Dialog verwenden – den ich für durchaus notwendig halte –, daß wir aber bisher nichts unternommen haben, um einen ebensolchen West-Ost-Dialog zu führen. Die Situation ist nämlich die – und jeder weiß es –, daß sich die wirtschaftliche Lage des europäischen Ostens sehr wesentlich von der des europäischen Westens unterscheidet. Wir haben im Westen große Industriestaaten fast ohne Rohstoffbasis. Das wenige, das wir haben, spielt keine Rolle im Vergleich zu dem, was wir brauchen. Im europäischen Osten sieht dies ganz anders aus. Die Sowjetunion ist heute der größte Ölproduzent der Welt. Sie ist der größte Erdgasproduzent der Welt. Sie hat eine ungeheure Menge von weiteren Rohstoffen. Ein anderes Land aus dieser Gruppe von Staaten ist einer der größten Kohlenproduzenten Europas.

Da uns die Energiepolitik doch so sehr beschäftigt, frage ich mich häufig, warum wir nicht unter Berufung auf die Helsinki-Vereinbarungen einen großen Dialog zwischen dem Westen und dem Osten Europas, zum Beispiel über ein umfassendes Energieverbundsystem, beginnen. Das ist nicht so unrealistisch, wie es im ersten Moment scheinen mag. Österreich und die Bundesrepublik Deutschland etwa beziehen Milliarden Kubikmeter Erdgas aus der Sowjetunion; es wird in Zukunft noch viel mehr sein. Wir wissen, daß man das iranische Erdgas nur über die Sowjetunion nach Europa bringen kann. Wir haben also schon Beziehungen auf diesem Gebiet, die sich in den vergangenen Jahren bewährt haben. Warum sollte man sich nicht unter Berufung auf Helsinki um eine gesamteuropäische Lösung des Energieproblems bemühen? Österreich ist im Begriffe, einen zusätzlichen Vorstoß in dieser Richtung zu unternehmen.

Ich habe meinem polnischen Kollegen vor ein paar Jahren, also vor Helsinki, gesagt: Ich kann beim besten Willen nicht einsehen, warum wir teure Kohlentransporte aus Polen nach Österreich durchführen sollten, um in österreichischen kalorischen Kraftwerken die teuer transportierte Kohle in Strom zu verwandeln. Warum probieren wir nicht, mit den Polen zusammen ein solches kalorisches Kraftwerk in Polen zu bauen? Die Bezahlung dafür soll durch Stromlieferungen nach Österreich erfolgen. Wir sind dabei, dieses Projekt zu verwirklichen. Wir wissen, daß es eine unglaubliche Ausweitung dieser Pläne geben kann. Das alles ist von besonderer Bedeutung angesichts einer wachsenden Opinion, die sich gegen die Herstellung von Energie in Atomkraftwerken richtet und die sich nicht so rasch beruhigen lassen wird. Man möge sich nicht täuschen: Hier gibt es von links und von rechts Strömungen gegen diese Energiepolitik. Da hier Milliardenprojekte auf dem Spiel stehen, hoffe ich persönlich, daß man große Beträge für die Sicherheitsmaßnahmen und damit die Wissenschaft für die Sicherheit mobilisieren wird. So wird man wahrscheinlich früher, als

es sonst der Fall gewesen wäre, die Probleme einer Lösung zuführen können. Bis dahin aber wird es eine wachsende Opinion gegen Atomkraftwerke geben, mit der wir nicht so leicht fertig werden; jedenfalls nicht mit Polizeimethoden allein. Das ist meine feste Überzeugung auf Grund gründlicher Prüfung dieser Frage, die mich seit Jahren beschäftigt.

Ich möchte aber zur Frage der Konkretisierung der Entspannungspolitik zurückkehren. Es gibt nicht nur dieses Problem. Es gibt große Verkehrsprobleme, die nur gesamteuropäisch gelöst werden können. Ich gebe gerne zu, daß das für ein Land, welches in der Mitte Europas liegt und nur wenige Transportentwicklungsmöglichkeiten besitzt, sehr viel dringlicher ist, als das für Sie in Hamburg der Fall ist. Bedenken Sie, daß Österreich, das ein moderner Industriestaat geworden ist, nicht in der Lage ist, eine Anlage von etwa 250 Tonnen – ich spreche von einem Gewicht von 250 Tonnen! – im ganzen aus Österreich wegzutransportieren, da wir über keinen Wasserweg verfügen, der brauchbar wäre. Wenn die VÖEST, unser größtes Unternehmen, Waren auf dem Wasserwege transportieren, so müssen diese in Regensburg vom Schiff auf die Eisenbahn umgeladen werden, um dann in Nürnberg wieder verschifft zu werden. Sie können sich vorstellen, wie sehr uns das in unserer wirtschaftlichen Entwicklung hemmt, wie groß die Frachtnachteile für Länder in der Mitte Europas sind; denn wir sind ja nicht das einzige Land. Dazu gehören der Süden Deutschlands, Österreich, Ungarn und auch die Tschechoslowakei. Es ist ein Problem, das europäische Demokratien wie europäische kommunistische Staaten gleichermaßen berührt. Hierüber miteinander konkret zu reden, wie man das alles rascher und besser erledigen kann, scheint mir ein wichtiger Aspekt zu sein.

Ich könnte noch einige Beispiele anführen. Ich unterlasse es. Ich glaube nur eines: Wenn wir die Absicht haben, in einigen Monaten, also nächstes Jahr, zu einer solchen Nachfolgekonferenz von Helsinki zusammenzutreffen, so sollten sich die demokratischen Staaten vorher darüber klarwerden, was sie jeweils unter Entspannungspolitik verstehen. Deshalb habe ich vor einiger Zeit den Vorschlag gemacht, daß sich die Außenminister – von den Regierungen selbst rede ich gar nicht – der demokratischen Staaten einmal zusammenfinden sollten, um über Entspannungspolitik zu reden; am besten in Straßburg, dort gibt es entsprechende Möglichkeiten, und außerdem gehören dem Europarat alle europäischen Demokratien an. Die Gefahr einer Blockbildung besteht dabei deshalb nicht, weil wir alle sehr verschiedene Ansichten über diese Politik haben. Dabei unterstreiche ich noch einmal: Die Entspannungspolitik ist vielleicht wichtiger und notwendiger für einen Staat in der Mitte Europas als für einen Staat an der Atlantikküste. Ich weiß nicht, ob man diesen Vorschlag aufgreifen wird. Aber ohne mir einzubilden, ein Prophet zu sein, weiß ich eines: Tut man es nicht, so wird der Tag sehr bald kommen, an dem man bedauern wird, diesen Versuch, zu einer Abklärung der Standpunkte zu kommen, unterlassen zu haben.

Wir haben die Frage zu beantworten, welche Zukunft die Entspannungspolitik außerhalb des wirtschaftlichen Bereichs haben kann. Sehen Sie, ich glaube, wenn man die Entspannungspolitik realistisch beurteilt, wird man zu dem Schluß kommen müssen – vor allem, wenn man sie historisch prüft –, daß sie erst in dem Augenblick relevant wurde, als sich gezeigt hat, daß die großen Mächte in eine Art Gleichgewichtszustand gelangt sind. Von dem Moment an, in dem man auf beiden Seiten erkannt hat, daß man über die Fähigkeit verfügt, den anderen zu vernichten, aber nur um den Preis der eigenen Vernichtung – einer der großen Atomforscher hat die Supermächte einmal mit zwei in einer Flasche eingeschlossenen Skorpionen verglichen, die einander töten können, aber nur um den Preis des eigenen Todes –, seitdem also beide Seiten über eine mehrfache „overkill-capacity“ verfügen, ist man zu der Auffassung gelangt, daß eine Politik des kalten Krieges sinnlos geworden ist und daß man in der Weltpolitik andere Wege wird beschreiten müssen. Daraus aber ergibt sich, daß, wenn dieser Gleichgewichtszustand verändert wird, die Chancen für die Entspannungspolitik und ihre Voraussetzungen auch verändert werden. Ich gehe also nicht soweit, zu sagen, wie das sehr gute und wohlmeinende, sehr

friedliebende Menschen gelegentlich vertreten, daß jetzt der Anfang eines neuen Zeitalters gekommen sei, jetzt könne man daran denken, die Waffen zu vernichten. Vielmehr sage ich klar und deutlich: Diese Politik der Entspannung, die für Europa lebenswichtig ist, ist eine Folge des Gleichgewichts der Kräfte, und jede Veränderung dieses Gleichgewichts gefährdet diese Entspannungspolitik.

Deshalb wehre ich mich dagegen, daß manche Leute meinen, diese Ansichten seien ein Ausfluß meiner neutralistischen Gesinnung. Ganz im Gegenteil. Ich bin mir vielleicht als einer, der aus einem neutralen Land kommt, viel mehr der Bedeutung des Gleichgewichts der Kräfte bewußt. Ich weiß vielleicht viel besser als andere, wie sehr man dadurch Bewegungsfreiheit bekommt. Vielleicht sind wir hier sensibilisierter als andere.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf eine Frage zu sprechen kommen, die damals aktualisiert wurde, als es schien, daß eine neue Ära einer länger dauernden Prosperität beginnen werde, nämlich die Frage: Wieviel kann man dem Osten denn eigentlich borgen? Es hat sich gezeigt, daß die Verschuldung der Oststaaten in den letzten Jahren rasch zugenommen hat, wobei wir aber übersehen, daß das Volumen des west-östlichen Warenaustausches von 15 Milliarden Dollar im Jahre 1970 auf rund 50 Milliarden Dollar im Jahre 1975 gestiegen ist. Der sowjetische Volkswirtschaftler Bogomolow erwartet für das Jahr 1980 80 Milliarden Dollar.

Damit geht eine nicht uninteressante Entwicklung Hand in Hand. Vor zehn Jahren haben die kommunistischen Staaten, die COMECON-Länder, zwei Drittel ihres gesamten Handelsverkehrs untereinander abgewickelt. Heute, da ihr Handelsvolumen wesentlich größer ist, sind es nur mehr 50 Prozent. Die Sowjetunion hat ihren Westhandel in derselben Zeit um 250 Prozent gesteigert, mit Österreich zum Beispiel verdreifacht und, soweit ich informiert bin, mit der Bundesrepublik Deutschland sogar vervierfacht.

Nun gibt es verschiedene Schätzungen über die Größe dieser Verschuldung. Die ECE in Genf schätzt, daß die Verschuldung im Jahre 1975 gegenüber dem Westen rund 32 Milliarden Dollar betragen hat. Die Chase Manhattan Bank schätzt, daß es Ende 1975 35 Milliarden Dollar gewesen sind. Wenn man versucht, die Nettoverschuldung zu errechnen, nämlich die Schulden abzüglich der Geldanlagen in westlichen Banken, so kommen die Fachleute auf rund 28 Milliarden Dollar. Ungarische Fachleute sagten mir, es sei viel weniger. Man mache im Westen den Fehler, eine Kreditvereinbarung und die Abwicklung dieses Kredits zu addieren, daher gelange man zu falschen Zahlen. (Ich weiß nicht genau, wie es ist.) Jedenfalls gibt es diese wachsende Verschuldung, und es gibt den wachsenden Handelsverkehr, der die Ursache dieser Verschuldung ist. Die Frage, die sich stellt, lautet, ob das gefährlich ist. Ich sage klar und deutlich, daß ich das für gar nicht gefährlich halte, daß ich die Besorgnisse, die hier geäußert wurden, für wenig gründlich überlegt halte; denn die Nettoverschuldung aller COMECON-Länder betrug im Jahre 1975, gemessen am Bruttonationalprodukt, ungefähr 3,5 Prozent und bei der Sowjetunion gar nur 1,7 Prozent. Der Grad der Verschuldung scheint mir keineswegs alarmierend zu sein, besonders wenn man die gewaltigen Reichtümer vor allem der Sowjetunion an Öl, Gas, Kohle, Gold und anderen wichtigen Rohstoffen in Betracht zieht und weiß, daß ein großer Teil dieser Kredite für die raschere Entwicklung dieser Ressourcen verwendet wird, die ihrerseits wiederum zur Vergrößerung des Handelsverkehrs mit dem Westen geführt haben.

Ich möchte nur in Parenthese bemerken, daß nach den Feststellungen der Weltbank die öffentlichen Auslandsschulden der Entwicklungsländer im Jahre 1974 schon 105 Milliarden Dollar betragen haben. In diesem Zusammenhang halte ich es für notwendig, daß man auch dieser Frage eine kurze Betrachtung widmet.

Ich habe vorhin schon von dem Nord-Süd-Dialog gesprochen. Ich glaube, daß dieser Dialog nur sehr langsame Fortschritte macht. Ich möchte nicht allzusehr als Kritiker dieser Dialogpraxis auftreten. Aber es scheint mir wenig zielführend zu sein, daß man in ungeheuer komplizierten Verhandlungen immer wieder über dieses Problem spricht, ohne daß die demokratischen Staaten für das, was der Norden in diesem Dialog anstrebt,

klare und konzeptive Vorstellungen haben.

Das, was den Ländern, die zum Süden gehören, fehlt, das, was sie zu schlechten Käufern, zu Kunden mit schlechter Kaufkraft macht, ist doch vor allem der Umstand, daß ihnen eine effiziente Infrastruktur fehlt. Zur Infrastruktur gehören heute nicht nur Straßen, es gehören auch Eisenbahnen, die Energieversorgung, die Wasserversorgung und Schulen dazu. Eine moderne Telekommunikation und vieles andere muß man auch hinzurechnen. Das sind alles Dinge, die die meisten Länder im Süden – also die rohstoffproduzierenden Länder in der arabischen Welt, in Afrika, in Asien – sich nicht selbst schaffen können. Ich kann mir auch nicht vorstellen, daß alle diese Probleme, die hier entstehen, auf bilateralem Weg gelöst werden können. Wie sollte denn ein noch so reicher Staat in der Lage sein, den afrikanischen Staaten ein vernünftiges Verkehrssystem zu schaffen? Die Chinesen haben in einem der afrikanischen Staaten eine Eisenbahn gebaut. Nur Chinesen durften sie bauen, und sie wird nur von Chinesen betrieben. Sie soll sehr gut funktionieren, aber es ist eben eine chinesische und keine panafrikanische Eisenbahn.

Das, was die Länder brauchen, ist ein Eisenbahnnetz. Wir Europäer wissen ja, welche Probleme uns der Bau von Eisenbahnen bereitet hat. Wir wissen allerdings auch, daß es in einem bestimmten Abschnitt unserer wirtschaftlichen Entwicklung nur der Eisenbahnbau gewesen ist, der uns aus einer lang andauernden Krise herausgeführt hat.

Ich stehe auf dem Standpunkt, daß dies ein Konzept ist, das ein Land allein nicht erfüllen kann. Auch mehrere Länder, von denen man etwas nostalgisch behauptet, daß sie eine besondere Verantwortung für Afrika hätten, können es nicht erfüllen. Denn gerade das Wort von der Verantwortung für Afrika hören die Afrikaner am wenigsten gern.

Bevor wir nicht in der Lage sind, ein Konzept zu entwickeln und zu realisieren, das den Entwicklungsländern eine neue Infrastruktur gibt, wird es ihnen nicht möglich sein, einigermaßen kaufkräftige Wirtschaftspartner für uns zu werden. Ich habe einmal von einem alten Professor der Volkswirtschaft – es ist ja schon lange her, daß ich sie studiert habe – gehört, daß Deutschland zum Beispiel erst zu einem wirklich wertvollen Kunden Englands geworden ist, als es aufgehört hat, ein Agrarstaat zu sein. Ähnliches erleben wir mit Osteuropa. Diese Lektion sollten wir auch gelernt haben, weil wir sie für die Zusammenarbeit mit den afrikanischen Staaten brauchen. Erst dann wird jenes Maß an internationaler Arbeitsteilung verwirklicht werden können, von dem wir glauben, daß es dem heutigen Stand der Industriegesellschaft angemessen ist. Ich gehe sogar noch viel weiter: Erst wenn wir uns um derartige Lösungen bemühen, werden wir wirklich mit einer Ausschöpfung der gigantischen Produktionskapazitäten rechnen können, die wir uns während einer außerordentlich langen europäischen Prosperitätsphase geschaffen haben.

Wir haben heute für eine solche konzentrierte Aktion – die natürlich nicht ohne übernationale Pläne und nicht ohne eine übernationale ordnende Kraft verwirklicht werden kann – die erforderlichen Institutionen. Ich kenne sie alle. Diese Institutionen, die es in Paris und an vielen anderen Orten gibt, sind mit höchstqualifiziertem Personal ausgestattet, das uns – ich sage das ganz offen – in den nationalen Verwaltungen oft fehlt. Wir bemühen sie mit der Abfassung immer neuer Dossiers, die sich auf unseren Schreibtischen türmen, über die wir dann hinwegwandern und die bestenfalls in irgendeiner wissenschaftlichen Abteilung landen, die eigens zu diesem Zwecke eingerichtet wurde.

Wir preisen also die „efficiency“ und erlauben Heeren von internationalen Beamten – von denen ich schon sagte, daß sie zum großen Teil hervorragend qualifiziert sind –, sich in Komitees abzumühen, die sich eigentlich immer wieder nur selbst prolongieren. Hier zeigt sich wieder einmal die mangelnde Fähigkeit der westlichen Demokratien zu konstruktiver und weit ausholender Aktivität.

Ich wage es auszusprechen, daß ich zu jenen, allerdings nicht sehr zahlreichen Menschen gehöre, die hoffen, daß die neue amerikanische

Administration vielleicht neue Wege gehen oder angeben wird, ähnlich wie das seinerzeit beim Marshallplan der Fall war, der nach wie vor das unerreichte Vorbild internationaler Kooperation ist.

Zum Schluß möchte ich mich mit einem Problem beschäftigen, von dem ich glaube, daß es in der Welt beträchtliche Verwirrung schafft. Ich meine das Phänomen, das sich irgendwie synchron mit der Entspannungspolitik zu entwickeln scheint – den Eurokommunismus. Der Eurokommunismus wird von vielen begrüßt – von vielen auf der Linken und von vielen Menschen sowohl im liberalen als auch im konservativen Lager, vor allem in Italien, weil man hofft, daß die Probleme, die in Italien während der letzten Jahrzehnte nicht gelöst wurden, vielleicht irgendwie einer Klärung zugeführt werden können. Ich behaupte: Der Eurokommunismus ist primär, so wie die Dinge heute liegen, ein italienisches Problem. Ich weiß sehr wohl um die Stärke der Kommunistischen Partei in Frankreich. Gut, dann gebe ich zu: Es ist primär ein italienisches Problem und, wenn manche wollen, allmählich möglicherweise ein französisches Problem. Nur ist es in Frankreich ganz anders gelagert als in Italien.

Ich möchte meine Zuhörer nicht ärgern. Das ist meine Aufgabe im Parlament der Opposition gegenüber. Heute möchte ich das jedoch nicht tun. Aber niemand kann bestreiten, daß eine große kommunistische Partei nur dort existiert, wo die Zahl der ungelösten gesellschaftlichen Probleme sehr groß ist. Ich möchte auch nicht ein anderes Land kritisieren, aber dieser Zusammenhang ist unbestreitbar. Er ist historisch beweisbar. Ich glaube, daß man die Demokratie nur dann erfolgreich zu stabilisieren vermag, wenn man an die Lösung dieser Probleme herangeht, und das braucht Zeit.

Nun stellt sich die Frage: Wie demokratisch sind eigentlich, sagen wir, die italienischen Kommunisten?

Ich bin unlängst in russischen Zeitschriften wegen eines Vortrags, den ich in Alpbach gehalten habe, vehement angegriffen worden. Ich will mich gar nicht selbst in Schutz nehmen, ich will hier nur einige dieser Gedankengänge wiederholen, weil ich meine, daß sie richtig sind.

Zuerst einmal glaube ich, daß die demokratische Bewährungsprobe für kommunistische Parteien keine bloß verbale sein kann.

Dafür haben sie die Demokratie viel zu lange bekämpft, haben sie die Demokratie viel zu lange als einen Betrug an den Massen bezeichnet, als daß es möglich wäre, die anderen durch einige Reden davon zu überzeugen, daß sie nun geläutert seien. Ich glaube – um ein konkretes Beispiel ins Treffen zu führen –, daß etwa die Einstellung zum Streik eine grundsätzliche Frage in diesem Zusammenhang ist. Ich bin ein Sozialdemokrat, ich bin für die Gewerkschaften. Ich betrachte den Streik als ein in der Demokratie durchaus legales Mittel, aber als eine Art Ultima ratio im Verteilungskampf, wie die Ökonomen es heutzutage nennen. Wenn es nicht anders geht, so kann es nicht verboten sein, sich dieser gewerkschaftlichen Waffe zu bedienen, aber sie darf auf keinen Fall eine politische sein. Sie darf nicht dazu verwendet werden, die Methoden der Demokratie zu korrigieren.

Auf kommunistischer Seite ist man der grundsätzlichen Auffassung – immer noch –, daß der Streik prinzipiell und primär eine politische Waffe ist. Wir wissen, wie sehr diese Auffassung dazu geführt hat, das Funktionieren der Wirtschaft zu zerstören. Ich glaube, daß es für die Beurteilung des Eurokommunismus wichtig ist, zu sehen, wie sich in den betreffenden Ländern die kommunistischen Parteien zur Waffe und Methode des Streiks verhalten. Das ist nämlich gar nicht so leicht, was ich vom Eurokommunismus verlange: Denn es ist sehr, sehr schwer, Massen jahrzehntelang zu erziehen, sie streikwillig zu machen und ihnen dann beizubringen – wenn von ihnen Opfer verlangt werden, wie das gegenwärtig der Fall ist –, daß man sich dieser Waffe nicht bedienen kann, weil sie nichts bringt, weder sachlich noch politisch.

Ich führe dieses Beispiel deshalb an, weil es mir als einem, der aus der Arbeiterbewegung kommt, unendlich wichtig und fundamental erscheint. Dieses Verhältnis zur stärksten Waffe, die die arbeitenden Menschen haben, die sie so glorifiziert und heroisiert haben, dieses nüchterne Verhältnis zu

diesem Recht im Rahmen des Koalitionsrechts scheint mir ein sehr wichtiger Beweis für die demokratische Gesinnung zu sein, die Demokratie also nicht mit anderen Mitteln als mit jenen, die in der Demokratie selbst begründet sind, korrigieren zu wollen. Dazu kommen noch andere Fragen: in NATO-Staaten etwa die Einstellung zur NATO oder die Frage der europäischen Integration dort, wo man an ihr in intensiver Weise teilnimmt. Aber das sind Dinge, die sich sehr bald in der Tagespolitik erweisen werden.

Ich glaube, daß man das gesamte Problem des Eurokommunismus als eines sehen soll, das sich in einer Entwicklung befindet. Ich bin gegen allzu voreilige Urteile in der einen oder anderen Richtung. Ich habe meine deutlichen Zweifel, die ich auch immer wieder anmelde, will dieser Entwicklung aber gern eine Chance geben.

Meine Damen und Herren! Ich habe viele Probleme nicht behandelt. Ich habe nicht von der europäischen Integration, von deren Fortschreiten und von deren Wichtigkeit für die Entspannungspolitik gesprochen. Aber es ist ohne Zweifel richtig, daß die unerwartete Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften, dieses doch sehr starke Zusammenfinden der europäischen Industriestaaten, im europäischen Osten seinen Eindruck nicht verfehlt hat.

Nun kann man einwenden: Aber es gibt doch gerade jetzt wieder eine krisenhafte Situation. Ich habe einmal gemeint: Die gesamte Geschichte der europäischen Integration ist eine Geschichte ihrer Krisen und der Überwindung dieser Krisen. Ich bin fest davon überzeugt, daß das auch in Zukunft gelingen wird und die augenblickliche Stagnation doch damit zusammenhängt, daß die europäische Integration, was ihren Umfang betrifft, eine so starke Ausweitung durch Großbritannien erfahren hat und man außerdem im Begriff ist, auch andere Staaten aufzunehmen. Aber man darf doch nicht blind sein dem gegenüber, was alles im wirtschaftlichen Bereich geschehen ist. Das erkennt doch jeder, der die Dinge sehenden Auges verfolgt. Die Fähigkeit Europas zur wirtschaftlichen Integration hat ohne Zweifel eine bedeutende Rolle beim Entstehen der Entspannungspolitik und deren großen Erfolgen gespielt.

Ich könnte noch einige Beispiele anführen. Ich könnte aber auch sehr viel mehr Zeit darauf verwenden, die Niederlagen, die Enttäuschungen, die es in den Demokratien und vor allem in der Zusammenarbeit der Demokratien gegeben hat, hier aufzuzeigen, etwa die Tragik, daß zwei Verbündete, zwei Mitglieder der NATO, sich ununterbrochen in einen Zustand versetzen, der sie nahe an den Rand des Krieges führt, und die Tatsache, daß wir nicht in der Lage sind, den Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei in einer friedlichen Weise und rasch zu lösen.

Es gäbe noch manche Beispiele, die zeigen, wo unsere Schwäche liegt.

Ich habe mein Referat eigentlich in der Absicht aufgebaut, Ihnen Gelegenheit zu geben, mir nachher Fragen zu stellen. Nun habe ich erfahren, daß das bei einer so großen Gesellschaft technisch nicht bewältigbar ist. Ich verstehe das durchaus. Deshalb muß ich Sie dafür um Entschuldigung bitten, daß vieles, was Sie vielleicht interessiert hätte, nicht in meinem Referat enthalten ist.

Ich möchte mit einer sehr persönlichen Bemerkung schließen. Es werden sehr bald 25 Jahre sein, daß ich aus einer Ecke des demokratischen Europas die Entwicklung in der Welt zu beobachten Gelegenheit habe. Ich tue es in Anbetracht der sehr begrenzten Möglichkeiten meines Landes mit entsprechender Bescheidenheit. Aber eines kann ich doch mit aller Bestimmtheit und Eindeutigkeit sagen: daß es nie zuvor für die Demokratie so viele Möglichkeiten zum Handeln und zur Zusammenarbeit gegeben hat wie heute, in einer Zeit, in der die Demokratie in Europa den Zuzug dreier wichtiger Länder bekommen hat, in einer Zeit, in der die kommunistischen Parteien Europas versuchen, einer mit Recht mißtrauischen Umwelt zu versichern, daß auch für sie die Demokratie ihrer politischen Weisheit letzter Schluß ist. ■